

Waffen und Bomben ungehindert durch. Die serbische Regierung hatte von alledem Kenntnis, aber nichts getan, um das abscheuliche Verbrechen zu verhindern. Offen hatte sie dadurch bewiesen, daß sie Österreichs Ruhe, Frieden und Sicherheit schwer verletzte. Österreich konnte sich dies alles nicht länger gefallen lassen, sonst hätte es sich selbst aufgegeben. Notgedrungen mußte es gegen Serbien vorgehen. So überreichte es am 23. Juli 1914 in Belgrad seine Forderungen an Serbien. Österreich wollte nicht länger mehr die frechen Herausforderungen, Hekereien und Wühlereien an seiner Grenze und unter der serbischen Bevölkerung Bosniens dulden. Es stellte nun Serbiens Regierung vor die Wahl, sich entweder für den Frieden oder für den Krieg zu entscheiden. Es verlangte unbedingte Annahme seiner Forderungen; deren Ablehnung würde den Krieg bedeuten. Solch ein Schriftstück nennt man ein Ultimatum, d. h. eine letzte befristete Anfrage. Binnen 48 Stunden wollte Österreich Antwort haben.

4. Österreichs Forderungen an Serbien.

In dieser Note schrieb Österreich: Am 31. März 1909 hat Serbien feierlich erklärt: Wir haben gegen die Einverleibung Bosniens in Österreich nichts einzuwenden und wir verpflichten uns, mit Österreich auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben. Aber die letzten Jahre und besonders die Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand am 28. Juni haben erwiesen, daß es in Serbien eine Bewegung gibt, die gewisse Teile des Donaureiches losstrennen will. Diese Bewegung ist unter den Augen der serbischen Regierung entstanden und hat alle die Mordanschläge der letzten Jahre angezettelt. Die serbische Regierung hat nichts getan, um dieser friedengefährdenden Bewegung entgegenzutreten. Sie duldet sogar das verbrecherische Treiben aller dieser Vereine, sie läßt zu, daß die serbischen Zeitungen gegen Österreich maßlos heizen, daß sie die ruchlosen Mordanschläger verherrlichen; sie duldet, daß Offiziere und Beamte daran teilnehmen und die Lehrer in der Schule dazu auffordern; sie duldet alles, was den Haß der Serben gegen die habsburgische Monarchie aufreizt. Darum trägt die serbische Regierung die Mitschuld an der Bluttat vom 28. Juni.

Um solchen Mißständen ein Ende zu machen, fordern wir:

1. Die serbische Regierung verurteilt in ihrem Staatsanzeiger rückhaltlos alle Hekerei und Wühlerei gegen Österreich.

2. Sie bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte daran sich beteiligt haben.

3. Sie weist alle Einmischung in österreichische Verhältnisse zurück und droht allen Offizieren und Beamten und allen serbischen Untertanen, die dagegen verstoßen, strengste Bestrafung an und unterdrückt alle Bewegungen und Vereine und Zeitungen, welche Haß gegen Österreich säen.

4. Sie gibt das dem serbischen Heere bekannt.